



HESSISCHER LANDTAG

02. 12. 2015

Plenum

Antrag der Fraktion der FDP

betreffend Arbeitsplätze im Kalirevier sichern - Übergangsregelung für die Fortführung der Kaliproduktion ermöglichen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass K+S mit seinen rund 8.000 Mitarbeitern einer der wichtigsten Arbeitgeber für ganz Osthessen ist. Die Sicherung dieser Arbeitsplätze in den hessischen Kalistandorten liegt im ureigensten Interesse des Landes.
2. Der Landtag stellt fest, dass K+S bereits im April dieses Jahres eine Versenkgenehmigung für jährlich 2 Mio. Kubikmeter Salzwasserlauge beantragt hat. Die am 30. November 2015 ausgelaufene Genehmigung erlaubte sogar 4,5 Mio. Kubikmeter pro Jahr.
3. Der Landtag stellt fest, dass die Landesregierung durch den sogenannten Vier-Phasen-Plan den Eindruck erweckt hatte, dass die Arbeitsplätze in der Kaliindustrie langfristig gesichert sind. Ministerpräsident Bouffier erklärte dazu anlässlich eines Besuches im März 2015 in Bebra: "Der Vier-Phasen-Plan ist die wichtigste Entscheidung für diese Region. Mit dem Projekt verbinden wir zwei wichtige Faktoren: zum einen die Entlastung für die Umwelt und zum anderen den Erhalt von Arbeitsplätzen."
4. Der Landtag stellt weiterhin fest, dass die Landesregierung durch die nicht erfolgte Verlängerung der Versenkgenehmigung die Gefährdung der Arbeitsplätze bei K+S billigend in Kauf nimmt. Seit 1. Dezember müssen bis zu 1.750 Mitarbeiter zwangsweise Urlaub abbauen. Gerade so kurz vor Weihnachten werden somit die Mitarbeiter bei K+S massiv verunsichert.
5. Der Landtag unterstützt die anlässlich der gescheiterten Übernahme durch den kanadischen Düngemittelhersteller Potash von Ministerpräsident Bouffier erklärte Aussage: "Tausende von Arbeitsplätzen im hessischen Kali- und Salzabbau und die wirtschaftliche Stärke einer ganzen Region dürfen nicht gefährdet werden."
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, bis zur Erteilung der Versenkerlaubnis, die Fortführung der Kaliproduktion unverzüglich durch eine Übergangsregelung zu ermöglichen.

Wiesbaden, 2. Dezember 2015

Der Fraktionsvorsitzende:
Rentsch